

**Betrauungsakt
der Stadt Münster für die
eigenbetriebsähnliche Einrichtung Münster Marketing**

auf der Grundlage

des BESCHLUSSES DER KOMMISSION
vom 20. Dezember 2011

über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(2011) 9380)

(2012/21/EU, ABI. EU Nr. L 7 /3 vom 11. Januar 2012)

– Freistellungsbeschluss –,

der MITTEILUNG DER KOMMISSION
vom 11. Januar 2012

über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

(2012/C 8/02, ABI. EU Nr. C 8 /4 vom 11. Januar 2012),

der MITTEILUNG DER KOMMISSION
vom 11. Januar 2012

Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011)

(2012/C 8/03, ABI. EU Nr. C 8 /15 vom 11. Januar 2012)

und der RICHTLINIE 2006/111/EG DER KOMMISSION
vom 16. November 2006

über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen

(ABI. EU Nr. L 318 /17 vom 17. November 2006)

– Transparenzrichtlinie –

Präambel

Die Stadt Münster betraut die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Münster Marketing – im Folgenden MM – im Rahmen dieses Betrauungsaktes mit den in diesem Betrauungsakt definierten Dienstleitungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die mit besonderen Gemeinwohlverpflichtungen verbunden sind und die im Interesse der Allgemeinheit erbracht werden.

§ 1

Betrautes Unternehmen und Art der Gemeinwohlverpflichtung

- (1) Die Stadt Münster betraut MM mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Dabei obliegt MM die Markenführung der Stadt Münster. Ziele der Arbeit sind, das Profil der Stadt fortzuentwickeln, zu schärfen und zu kommunizieren, die Wahrnehmung nach innen (Bürgerinnen und Bürger) und nach außen zu erhöhen sowie neue Reichweiten und Zielgruppen zu erschließen durch die konsequente Weiterentwicklung der Zukunftsstrategien (MünsterZukünfte, städtische Nachhaltigkeitsstrategie, Innenstadtentwicklung, Tourismusstrategie u.a.) unter Berücksichtigung des Stadtprofils „Wissenschaft und Lebensart“.
- (2) Zu den Aufgaben von MM gehören im Rahmen dieses Betrauungsaktes insbesondere:
 - a) Strategische Kommunikation und Partizipation
 - b) Zentren- und Veranstaltungsmanagement
 - c) Touristik und Kongressmarketing
 - d) Stadtinformation
 - e) Wissenschaftsbüro
- (3) MM kann auf Grundlage dieses Betrauungsaktes keinen Anspruch auf Ausgleichszahlungen herleiten.

§ 2

Dauer der Gemeinwohlverpflichtung und geographischer Geltungsbereich

- (1) Die Betrauung von MM erfolgt befristet für 10 Jahre bis zum 31.12.2033.

Zum Ende des Betrauungszeitraumes erfolgt eine Überprüfung am Maßstab des dann geltenden Beihilferechts, mit dem Ziel, über eine weitere Betrauung bzw. die Weitergewährung einer Ausgleichszahlung zu entscheiden. Ein Anspruch von MM auf eine Folgebetrauung besteht nicht.
- (2) Die Stadt Münster kann diese Betrauung jederzeit erweitern, einschränken oder gänzlich aufheben.
- (3) Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung MM erbringt die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse geografisch betrachtet überwiegend innerhalb von und um Münster.

§ 3

Berechnung und Änderung der Ausgleichszahlungen

- (1) Die Stadt Münster stellt MM gemäß des jeweils geltenden Managementkontraktes als Gesellschafterin Ausgleichszahlungen in Form von Zuschüssen zur Verfügung, damit MM in die Lage versetzt wird, die ihr nach dem Betriebszweck obliegenden Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse übernehmen zu können und knüpft nicht an bestimmte Umsätze an. Die Zuschusszahlungen werden entsprechend den Vereinbarungen im Managementkontrakt ausgezahlt.

Eigene Erträge werden zwar erzielt, diese ermöglichen jedoch nicht die finanziell vollumfängliche Erfüllung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.

- (2) Der voraussichtliche Zuschussbedarf für MM ergibt sich aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zur Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 1 dieses Betrauungsaktes, die im Managementkontrakt vereinbart wurden.

Sollten die Zuschusszahlungen die Aufwendungen übersteigen, die zur Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse notwendig sind, so sind die daraus resultierenden Überschüsse nach den Regelungen zur Kontrolle von Überkompensation gem. Art. 6 des Freistellungsbeschlusses zurück zu erstatten.

- (3) Führen unvorhersehbare Ereignisse zu höheren, nicht gedeckten Aufwendungen bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß § 1, können auch diese, ausgeglichen werden.

§ 4

Trennungsrechnung

- (1) MM ist verpflichtet, durch getrennten Ausweis in der Buchführung sicherzustellen, dass die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstandenen Aufwendungen und Erträge von den Aufwendungen und Erträgen für gegebenenfalls sonstige Tätigkeitsbereiche abgegrenzt werden.
- (2) Der Stadt Münster ist bekannt, dass MM auch Leistungen erbringt, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind. Für die Aufwendungen, die nicht in den Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse fallen, darf keinesfalls eine Ausgleichszahlung gewährt werden. Der Ausgleich muss ausschließlich zur Deckung der Aufwendungen der in § 1 genannten Aufgaben verwendet werden, ohne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung die Möglichkeit der Verwendung seiner angemessenen Rendite zu entziehen. Insofern berührt dieser Betrauungsakt die Erbringung der Leistungen, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, in keiner Weise.
- (3) Die Trennungsrechnung hat die Anforderungen des Art. 5 Abs. 9 des Freistellungsbeschlusses sowie die Grundsätze der EU-Transparenzrichtlinie zu erfüllen.

§ 5

Vermeidung und Kontrolle von Überkompensation

- (1) Die Ausgleichszahlungen dürfen unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um den durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Fehlbetrag abzudecken. Der Fehlbetrag ist die Differenz zwischen den mit der Erbringung der Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse angefallenen Aufwendungen und den damit erzielten Erträgen. Für die Ermittlung des Fehlbetrages, der zu berücksichtigenden Erträge und des angemessenen Gewinns gelten Art. 5 Abs. 2 bis 8 des Freistellungsbeschlusses.
- (2) Um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichszahlungen keine Überkompensation für die Erbringung von Dienstleistungen nach § 1 entsteht, führt MM jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres den Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung der Zuschussmittel. Dies geschieht im Rahmen des zu erstellenden Jahresabschlusses.
- (3) MM trägt dafür Sorge, dass im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der Abschlussprüfer gemäß Art. 6 des Freistellungsbeschlusses prüft, ob die Ausgleichszahlungen die im Freistellungsbeschluss festgelegten Voraussetzungen erfüllt haben und EU-beihilfenrechtskonform verwendet worden sind. Die Sicherstellung dieser Handhabung obliegt der Stadt Münster als betrauende Stelle.
- (4) Die Stadt Münster ist darüber hinaus berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen, die die Ausgleichszahlungen betreffen, nach angemessener Vorankündigung einzusehen und prüfen zu lassen.
- (5) Soweit die Überkompensation 10 % des durchschnittlichen jährlichen Zuschusses nicht überschreitet, werden die Mittel auf die Betrachtung für das nächste Jahr übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Zuschuss abgezogen.

Übersteigt die Überkompensation 10 % des durchschnittlichen jährlichen Zuschusses, so ist MM zur Rückzahlung der vollständigen Überkompensation verpflichtet.

Der durchschnittliche jährliche Zuschuss ergibt sich dabei aus der Betrachtung eines zusammenhängenden dreijährigen Zeitraums, einschließlich des Jahres, in dem die Überschreitung erfolgt.

§ 6

Vorhaltepflicht von Unterlagen

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich festhalten lässt, ob die Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des Freistellungsbeschlusses vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und für einen Zeitraum von 10 Jahren ab Ende des Betrauungszeitraums aufzubewahren.

§ 7

Salvatorische Klausel, Anpassungsklausel

- (1) Sollte eine Bestimmung dieser Betrauung nicht rechtskonform oder undurchführbar sein oder werden oder sollte eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten sein, so berührt dies die Betrauung im Übrigen nicht.

- (2) Sollte sich eine, im Sinne dieses Betrauungsaktes, wesentliche Änderung der Aufgaben nach § 1 Abs. 2 dieses Betrauungsaktes ergeben, wird der Betrauungsakt entsprechend angepasst, soweit die Anpassungen den Zweck haben, geänderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden und es sich auch nach den Anpassungen um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse handelt.

§ 8

Hinweis auf Grundlagenbeschluss

- (1) Der Rat der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am den Betrauungsakt der Stadt Münster beschlossen (Beschlussvorlage V/XXXX/2023).
- (2) Die Betrauung tritt am 01.01.2024 in Kraft.
- (3) Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich, in elektronischer Form nach § 3a Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder zur Niederschrift bei der Stadtkämmerin oder dem Stadtkämmerer (Klemensstraße 10, 48143 Münster) einzu-
legen.

Münster,

Oberbürgermeister Markus Lewe